

Der „Briefetal-Bote“ erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Der Bezugspreis beträgt für das Dienstjahr 4 9/10 Mark, monatlich 7 Pfennig. Die einzelne Nummer kostet 7 Pfennig. Nach auswärts Postzuslag.

Briefetal-Bote

Anzeigen werden in der Geschäftsstelle Birkenwerder, Bahnhof-Allee 6 und von allen Anzeigen-Ergebnissen angenommen. Die Leihgebühren betragen 10 Pfennig, die Restgebühren 20 Pfennig.

Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birkenwerder, Hohen Neuendorf, Borgsdorf, Briese, Lehnitz, Stolpe



für ehem. Hofjagdrevier, Bergfelde, den Amtsbezirk Schönfließ und Umgegend

Fernsprecher: Amt Birkenwerder Nr. 5
Alleiniges amtliches Publikationsorgan mit rechtsverbindlicher Publikationskraft für den Amtsbezirk Birkenwerder.
Anzeigenpreis für die neugegründete Kleinzeile oder deren Raum 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Reklamezeile 80 Pfennig. Berechnung in Goldmark zum amtlichen Dollarkurs.

Nr. 131. Postfach-Konto: Berlin 62 448 Sonnabend, den 20. September 1924 Postfach-Konto Berlin 62448. 23. Jahrg.

Der Gemeindevorsteher Birkenwerder.

Sitzungseinladung.

Zur Beratung der hierunter angegebenen Tagesordnung werden die Mitglieder der Gemeindevertretung zu einer Sitzung am

Montag, den 22. September d. J., abends 8 Uhr

im großen Sitzungssaal des Rathauses

hiermit unter dem Hinweis eingeladen, daß die in der Sitzung nicht anwesenden Mitglieder an die gefassten Beschlüsse gebunden sind.

Tagesordnung:

1. Uebernahme von Bürgerschaften.
2. Abschluß eines Vertrages. Nicht öffentliche Sitzung.
3. Festsetzung des Ruhegehalts für den Gemeindevorsteher. Birkenwerder, den 19. September 1924.

Der Gemeindevorsteher. Rübner.

Der Gemeindevorsteher Borgsdorf.

Die Ausschreibung der Quartiergelder erfolgt am Sonnabend, den 20. September 1924 vormittag 10 Uhr.

Borgsdorf, den 19. September 1924.

Der Gemeindevorsteher. Rodewald.

Hohen Neuendorf.

Der Amtsvorsteher macht bekannt:

Hundesperre.

Entgegen anders lautenden Gerüchten mache ich darauf aufmerksam, daß die Hundesperre noch nicht aufgehoben ist, sondern erst dann als aufgehoben gilt, wenn dies durch besondere amtliche Bekanntmachung veröffentlicht ist.

Der Gemeindevorsteher macht bekannt:

Quartiergelder.

für die Einquartierung vom Preuß. Reiter-Regiment Nr. 9 am 3. d. Mts. werden vom 18 bis einschließlich 20. d. Mts. während der Dienststunden von 8-12 in der Gemeindekasse ausgezahlt. Quartiergeld muß vorgelegt werden.

Die Quartiergelder für die Einquartierung am 4. d. Mts. vom Preuß. Reiter-Regiment Nr. 8 werden demnächst nach Eingang der Quartierlisten ausgezahlt.

Von den Quartiergebern, die das Quartiergeld während der angegebenen Zeit nicht abgeholt haben, wird angenommen, daß sie zu Gunsten der Ortsarmen auf die Ausschahlung verzichten.

Die Gemeinberechnung für das Rechnungsjahr 1923 liegt vom 16. d. Mts. ab während zweier Wochen im Gemeindebüro, Zimmer 9, zur Einsicht aus.

An der landwirtschaftlichen Lehranstalt Dranienburg-Lützenhof sind im kommenden Winterhalbjahr drei Schulgelehrstellen für wenig bemittelte Angehörige des Kreises zu besetzen. Meldungen sind an die Direktion der genannten Anstalt zu richten.

Berlin, den 12. September 1924.

Der Vorsitzende des Kreis-Ausschusses. Landrat.

Invalidentversicherung.

Bei den amtlichen Verlautbarungen auf den Leistungen über Invaliden- und Hinterbliebenenrenten ist künftig neben dem Ausdruck des Dienstfieles auch wieder die Unterchrift des Bescheinigenden erforderlich. Soweit Rentenempfänger bereits die in den letzten Monaten teilweise ausgegebenen kleineren neuen Leistungsvordrucke (1/2 Bogen) in Händen haben, muß künftig zur Vermeidung von Weiterungen auch in diesen Vordrucke die den amtlichen Verlautbarungen unter oder neben das Dienstfiesel die Unterchrift des Bescheinigenden gelegt werden.

Der Vorsitzende, Landrat. J. B. Voigt, Regierungsdirektor.

Kurze Nachrichten.

Der Präsident des Preussischen Landtages und Oberbürgermeister von Hannover, Reimer, hat einen schweren Herzensanfall erlitten, so daß er längere Zeit in einem Sanatorium Aufenthalt nehmen muß.

An den Folgen einer Darmoperation starb der deutsche nationale Reichstagsabgeordnete und Landesvorsteher der Deutschen Volkspartei für Pommern, Gustav Malchow.

Im Hauptauschuss des Preussischen Landtages wurde vom preussischen Finanzminister erklärt, daß der Reichstag Mitte Oktober über ein Gesetz beschließen werde, durch das der Personalabbau eingeleitet wird.

Dem Massenmörder Saarmann sind bisher 22 Morde nachgewiesen.

Die türkische Regierung hat beschlossen, Aufträge für Schiffsbauten künftig nicht mehr an englische, sondern an deutsche Werften zu vergeben, da diese billiger seien.

Reichsp. dent Ober ist von seiner Erholungsstelle wieder nach Berlin zurückgekehrt, um die nächste Kabinettsitzung zu leiten.

Die Reichsregierung demittiert erneut die Behauptung, daß die deutsche Delegation in London mit Lord Parmoor über Deutschlands Eintritt in den Völkerbund gesprochen habe.

Die bürgerlichen Parteien des Stadtparlamentes in Hannover wollen die sofortige Amtsenthebung Weiners und die Einleitung eines Disziplinarverfahrens beantragen.

Ein sozialdemokratisches Vagnabstimmungsgesuch für Dr. Dörmann ist von der sächsischen Regierung abgelehnt worden.

Zum 1. Dezember erfolgt eine kleine Ermäßigung der Fernsprechgelder.

In Berlin beginnen in den nächsten Tagen Vorgesprächen über einen deutsch-englischen Handelsvertrag.

Räumung des Limburger Flaschenhalses.

Limburg a. L., 18. September. Die französischen Besatzungstruppen haben jetzt mit der Räumung des Limburger Flaschenhalses begonnen. Die Orte des sogenannten Goldenen Grundes, besonders Niederleifers, Comberg und Oberbrechen sind bereits verlassen worden. Wie weiter verlautet, scheinen die Franzosen auch in der Stadt Limburg selbst Anstalten zur Räumung zu treffen. Ein Posten im Norden der Stadt, der hauptsächlich den Verkehr nach Weilburg zu kontrollieren hatte, ist gestern abend zurückgezogen worden. Auch die beiden Orte Damborn und Kirberg sind von den Franzosen geräumt worden, dagegen ist der Bahnhof Eschhofen noch besetzt.

Neubesetzung Oberhauens?

Oberhausen, 18. September. Der Stadtwartung Oberhausen ist von französischer Seite mitgeteilt worden, daß mit Neinquartierungen von französischen Truppen in der Stadt Oberhausen gerechnet werden müsse.

Rentenbank und Reichsbank.

Die neue landwirtschaftliche Zentralbank.

Bei der Rentenbank sowohl wie bei der Reichsbank stehen nach dem Londoner Abkommen bekanntlich einschneidende Veränderungen bevor.

Der Verwaltungsrat der Deutschen Rentenbank befaßte sich in einer Sitzung, die mehrere Stunden dauerte, mit den Problemen der Umstellung der Aufgaben der Rentenbank auf eine zu gründende landwirtschaftliche Zentralbank. Wie verlautet, scheint sich eine grundsätzliche Zustimmung aller Gruppen, die im Verwaltungsrat vertreten sind, anzubahnen. Als Basis käme danach der Statusentwurf in Betracht, wonach unter anderem der Verwaltungsrat aus 16 Mitgliedern besteht, von denen 5 dem Reichsrat, 3 dem Landwirtschaftsrat und je 2 den in der Rentenbank vertretenen landwirtschaftlichen Organisationen angehören.

Die Reichsbank andererseits beruft eine Generalversammlung auf den 4. Oktober ein zur Beschlußfassung über die sich aus dem Bankgesetz ergebende Umgestaltung. Sollten jedoch bis zu diesem Termin die Verhandlungen über die 800-Millionen-Anleihe nicht zum Abschluß gelangen, so wird eine Vertagung der Generalversammlung eintreten.

Geringere Zinsen für landwirtschaftliche Kredite.

Die Zeitung der Rentenbank hat ferner beschlossen, zur Entlastung der notleidenden Landwirtschaft ihre langfristigen Kredite durch Herabsetzung des Zinssatzes auf Reichsbankdiskont (10 Prozent) zu verbilligen. Den beliehene Banken wird dieser Vorschlag sofort zugehen mit der Maßgabe, daß dieser freiwillige Zinsschlag voll und ganz den letzten Kreditnehmern zugute zu kommen hat. Die Rentenbank fühlt sich verpflichtet, die Verbilligungssaktion der Reichsregierung durch diese Maßnahme zu unterstützen.

Parmoor und Strefemann.

Ein weiteres Element der Reichsregierung.

Das Frühlingsstück im Hause des Lord Parmoor in London, bei dem nach Angabe des Lords zwischen ihm und den Führern der deutschen Delegation eingehend über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund gesprochen worden sein soll, wird immer rätselhafter. Seitens der deutschen Delegation wird das Entschieden bestritten und jetzt noch einmal durch folgende amtliche Erklärung der Reichsregierung:

„Der sozialdemokratische Parlamentsdienst veröffentlicht eine neue Erklärung Lord Parmoors, wonach Lord Parmoor am 10. August in seinem Landhause mit den deutschen Delegierten, dem Vizekanzler Schauer und Herrn Murray eine private Aussprache über den Völkerbund und die Bedingungen für Deutschlands Eintritt gehabt habe.“

Gegenüber dieser Darstellung des sozialdemokratischen Parlamentsdienstes stellen wir fest, daß unsere erste Veröffentlichung auf Grund der einmütigen Erklärungen des Reichsfinanzministers, des Reichsaussenministers und des Reichsfinanzministers abgegeben worden ist. Keinem der Herren, die am 10. August bei Lord Parmoor waren, ist von dieser Unterhaltung über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund etwas bekannt. Im Gegenteil haben die deutschen Delegierten bereits am Abend des 11. August in London in einer Aussprache ihrem Ertaunen darüber Ausdruck gegeben,

daß diese Frage von Parmoor nicht berührt worden ist. In einer Depesche, die am Abend des 11. August an das auswärtige Amt über die Londoner Verhandlungen abgegangen ist, ist daraufhin besonders betont worden, daß die Frage des Völkerbundes bei der Zusammenkunft mit Lord Parmoor nicht erwähnt worden ist.“

Das Hohenzollern-Vermögen.

Zur Auseinandersetzung zwischen Preußen und dem Königshause.

Der Generalbevollmächtigte des vormaligen Kaisers, v. Berg, veröffentlicht jedoch eine längere Entgegnung auf die kürzlich herausgegebene Denkschrift des preussischen Finanzministers. Er fährt darin aus, daß alle Vergleichsvorschläge gescheitert seien, weil der preussische Staat die größten Teile des Hohenzollern-Vermögens für sich behalten wollte ohne genügende Gegenleistung.

Ueber das letzte Vergleichsangebot des Staates wird gesagt, daß das Königshaus vorweg nur wenigstens die neuen Erwerbungen des Hofammerbesitzes mit circa 200 000 Morgen erhalten und den Rest von 200 000 Morgen, den alten Bestand des Hofammerbesitzes, von der Entschädigung des Prozeß- oder Schiedsgerichtes abhängig machen wollte. Nur für den nicht erwarteten Fall einer Gerichtsentscheidung über diesen Altbestand zugunsten des Königshauses wollte sich der Vertreter der Krone eine anderweitige Entschädigung, etwa aus der Kronrente vorbehalten, weil der alsdann verbleibende Teil nach gewisserhafter Berechnung nicht ausreichte hätte. Bei niedrigerer Schätzung im Dezember 1923 sei der Bedarf des Königshauses auf 1 1/2 Millionen angenommen worden, während der ganze Hofammerbesitz nur einen Ertrag von jährlich einer Million, höchstens eineinhalb Millionen ergeben würde, die vom Finanzminister angeboten 115 000 Morgen also nur ein Viertel dieses Betrages.

Wie die Entgegung des kaiserlichen Sachwalters weiter besagt, kommen für den Unterhalt der engeren königlichen Familie 26 Personen in Betracht, an sonstigen Mitgliedern des Hauses 17 Personen. Neben dem eigentlichen Unterhalt müssen die Verwaltungskosten, Steuern, Prozeßkosten und sonstigen Lasten in Rechnung gestellt werden. Derselbe Monatssatz 50 000 Mark, ein Betrag, der ungefähr den geschätzten Erträgen der als Privatigentum dem Königshause längst rechtskräftig zugesprochenen Herrschaft Schwedt entsprechen soll.

Anrufung der Gerichte.

Die Entgegung des Sachwalters wendet sich dann noch gegen die übertriebene Darstellung über den Haus- und Güterbesitz der Hohenzollern und weist den Vorwurf zurück, als ob die Vertretung des königlichen Hauses nicht bereit wäre, den bedeutsamen kulturellen Interessen der Allgemeinheit bei der Auseinandersetzung Rechnung zu tragen. Das der Denkschrift des Finanzministers beigefügte Rechtsgutachten wird als das Urteil der einen Streitpartei bezeichnet, das natürlich auf autoritative Geltung keinen Anspruch erheben könne. Zu einer annehmbaren Verständigung sei die Vertretung des Königshauses immer bereit gewesen und die werde auch weiterhin dazu bereit sein, sonst würde sie nicht mehr als fünf Jahre gewartet haben, ehe sie zur Anrufung der Gerichte geschritten sei.

Vor Macdonalds Sturz.

Die Gegnerschaft der Industrie.

Die Tage Macdonalds scheinen gezählt zu sein, denn seine Gegnerschaft mehrer sich ständig. Vertraute sich diese bisher hauptsächlich aus dem Parlament und sogar aus seiner eigenen Anhängerstaffel, so treten neuerdings auch noch andere Machtfaktoren gegen den Ministerpräsidenten auf.

So hat der Reichsverband der englischen Industrie, eine Zentralorganisation, die fast alle Industriezweige in England umfaßt, gegen den russischen Vertrag offiziell Stellung genommen. Gleichzeitig hat sich die Londoner Handwerkerkammer dagegen ausgesprochen. Daß die Konservativen gegen den Vertrag sind, versteht sich von selbst. Jeder Tag bringt neue Gegner. Selbst in der Arbeiterpartei machen sich viele Widerstände bemerkbar. Der Präsident des Reichsverbandes der englischen Industrie, sagte, daß nach Meinung der englischen Industrie der Vertrag nicht geeignet wäre, die englischen Handelsinteressen in Ausland zu fördern oder brauchbare Handelsbeziehungen zwischen dem beiden Ländern herzustellen. Die diesbezüglichen Artikel in dem Vertrag wären für die englischen kommerziellen Interessen, sowohl mit Ausland als mit